Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 337. **Mittwoch** den 21. October 1891. 85. Jahrgang.

Leipzig, 21. October.

* Nach Artikel 8 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 ist der Bundesrath befugt, die Thaler deutschen Gepräges unter Einlösung zum Werthe von je drei Mark außer Cours zu setzen. Dagegen besteht eine gleiche Befugniß bezüglich der in Deutschland circulirenden österreichischen Vereinsthaler nicht, ihre Außercourssetzung für Deutschland kann vielmehr — zufolge des Gesetzes vom 20. April 1874 — nur im Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden. Mit Rücksicht auf die Eventualität einer Valutaregulirung in Oesterreich-Ungarn und die dadurch bedingte Möglichkeit einer Außercourssetzung der österreichischen Vereinsthaler in ihrem Heimathlande, erscheint eine Aenderung dieses an sich abnormen Rechtszustandes behufs Erleichterung und Sicherung einer rechtzeitigen Entfernung der fraglichen Stücke aus dem deutschen Münzumlaufe wünschenswerth. Dem Bundesrath ist demgemäß ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, durch welchen der Bundesrath ermächtigt werden soll, die Außercourssetzung der in Oesterreich geprägten Vereinsthaler unter Einlösung derselben zu dem Werthverhältniß von drei Mark gleich einem Thaler anzuordnen.

* Der Satz in dem kaiserlichen Erlasse an Excellenz von Helmholtz, welcher von dessen Nichtbetheiligung an der Politik spricht, fordert angesichts der Versuche, anläßlich der Virchow-Feier die wissenschaftlichen Verdienste des Gefeierten im Parteiinteresse und zur Selbstberäucherung zu verwerthen, naturgemäß zum Vergleiche auf. Daß derselbe nicht zum Vortheile Professor Virchow's und der Art, wie jene Beräucherung auf Gegenseitigkeit betrieben wurde, ausfallen kann, ist selbstverständlich. Professor Virchow's politische Thätigkeit, welche nur zu oft — man erinnere sich an die Beurtheilung Bismarck's und seiner Politik in den Conflictsjahren, an den Abrüstungsantrag von 1869 u. a. m. — von einem starken Mangel an politischem Blick und Urtheil zeugte, welcher von dem damit gepaarten starken Unfehlbarkeitsgefühl seltsam abstach, kann in der That nur als Ballast, als todtes Gewicht auf seiner wissenschaftlichen Bedeutung betrachtet werden. Im Interesse der letzteren kann man nur bedauern, daß Prof. Virchow seine Kraft auf ein Gebiet zersplittert, für welches seine Veranlagung ihn nicht befähigt und auf dem sein Können weit hinter den Leistungen von Männern zurücksteht, welche ihm auf anderen Gebieten das Wasser nicht reichen können. Dies gilt ganz unabhängig von der politischen Gegnerschaft und lediglich der politischen Bedeutung, nicht der politischen Richtung Virchow's. Wenn die freisinnige Presse sich jetzt aber über die Anstellung dieses natürlichen und durch die Vorgänge bei der Virchow-Feier geradezu herausgeforderten Vergleiches ergrimmt, so ist das eben ein untrügliches Zeichen des Schuldbewußtseins bezüglich dieser Feier. In dem Gefühle, mit der Anerkennung der wissenschaftlichen Verdienste und Größe Virchow's planmäßig einen Humbug zur Glorificirung der freisinnigen Partei getrieben zu haben, welchen die „Nationalliberale Correspondenz" mit Recht als geschmacklosen Unfug bezeichnet, fühlt sie sich eben von jenem Satze in dem kaiserlichen Erlaß nur zu sehr getroffen und durch die daran sich knüpfenden Betrachtungen um so empfindlicher berührt, je weniger sie deren Berechtigung ernstlich in Zweifel zu ziehen vermag. Ob sie die Lehren beherzigen wird, obwohl sie einsehen dürfte, daß der Mißbrauch der Virchow-Feier schließlich am wenigsten im Interesse des Gefeierten liegt, muß bei ihrer Natur mehr als fraglich erscheinen.

* Fürst Bismarck wird dieser Tage wieder in Friedrichsruh eintreffen.

* Einen etwas peinlichen Nachgeschmack des Processes Manché-Meyer haben in den letzten Tagen einige Berliner Commerzien- und Commissionsräthe zu spüren gehabt, bei denen unangemeldet Polizeibeamte erschienen, um sich ihre Ernennungsdiplome vorlegen zu lassen. Von irgend welchen erheblichen Feststellungen dabei hört man noch nichts, es ist auch nicht recht ersichtlich, was durch Vorlegung solcher Diplome hat ermittelt werden sollen, da Dasjenige, was jener Sensationsproceß an Enthüllungen erbracht hat, sich nicht sowohl auf unrechtmäßige Führung solcher Titel, als auf deren anstößige Erlangung und auf die noch anstößigere Vermittelung Dritter dazu bezog, worüber in den Ernennungsdiplomen indeß nichts Näheres vermerkt zu sein pflegt. Immerhin zeigt die Maßregel, so betont die „Weser-Zeitung", wenigstens so viel, daß die Bloßlegung gewisser bisher verborgener Dinge durch den fraglichen Proceß auch an behördlichen Stellen nicht spurlos vorübergegangen ist, und daß man trotz aller officiösen Abwehr von Angriffen doch das Gefühl hat, als ob sich bei genauerer Prüfung hier Manches als faul erweisen könnte. Die Gattung „verdienstvoller" Mitbürger, wie sie der Fabrikant Thomas im Proceß Manché-Meyer vertrat, stirbt nicht aus. Man begegnet ihr bereits in einer alten Anekdote: „Was haben Sie gethan", heißt es dort, „um Ihre Orden zu bekommen?" Worauf der Gefragte treuherzig erwidert: „Die nöthigen Schritte." Es ist leicht möglich, daß angesichts der jüngsten Enthüllungen man es an berufener Stelle vielleicht für rathsam erachtet hat, sich die Leute etwas genauer anzusehen, die auch in Preußen „Schritte" thun, um, gleichviel ob für sich oder für Andere, Titel und Orden zu erhalten, die — im Namen des Königs von Preußen verliehen werden.

* Der hanseatische Gesandte Dr. Krüger, der sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Vertreter der Hansestädte am Berliner Hofe feiert, wurde durch ein huldvolles Schreiben des Kaisers ausgezeichnet, das in ehrenden Worten der erfolgreichen Thätigkeit des Jubilars und seiner Beziehungen zum regierenden Kaiser, sowie zu den heimgegangenen Kaisern Wilhelm I. und Friedrich III. gedenkt. Gleichzeitig übersandte der Kaiser Herrn Krüger eine Vase mit seinem Bildniß. Der Staatssecretair des Auswärtigen, Freiherr v. Marschall, war der Ueberbringer dieser kaiserlichen Gabe. Die Hansestädte hatten gleichfalls gratulirt. Zahlreiche Mitglieder des Bundesrathes fanden sich in der Wohnung des Jubilars ein. Telegramme und Briefe in großer Zahl bewiesen, daß auch außerhalb Berlins des Jubilars gedacht wird.

* Wieder einmal erlebt sich in der Presse das anmuthige Frage- und Antwortspiel vom Zaren: Kommt er, oder kommt er nicht? Die „Politische Correspondenz", und auch die officiöse „Correspondance russe" in Brüssel behaupten, der Zar werde den Landweg nehmen und nach Berlin kommen. Schuwalew, der russische Gesandte in Deutschland, hätte den Gegenbesuch officiell angekündigt. Gestern ist die russische Kaiser-Yacht „Polarstern" auf der Danziger Rhede angekommen, und aus Kopenhagen wird gemeldet:

* Kopenhagen, 20. October. Ritzau's Bureau (officiös) meldet, das Zarenpaar mit seinen Kindern, das dänische Königspaar und die Prinzessin von Wales mit ihren Töchtern reisen am 29. October auf dem „Polarstern" nach Danzig und von da über Warschau nach Livadia. Vom dänischen Königspaare ist daselbst ein einmonatiger Aufenthalt beabsichtigt, bis nach der silbernen Hochzeit des Zarenpaares.

Alle diese Nachrichten stimmen nicht recht zusammen. So viel steht fest, daß der Zar auf seiner Rückreise deutsches Gebiet berühren wird, daß alle eine Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm nicht ausgeschlossen ist. Ob diese aber stattfindet und an welchem Ort und zu welcher Zeit, darüber steht zunächst noch gar nichts fest. Es wäre also auch durchaus verfehlt, irgend welche politische Combinationen an die Zarenreise zu knüpfen.

* Die socialdemokratischen Delegirten, welche aus dem Erfurter Parteitage ausgetreten waren, veranstalteten Dienstag in Berlin eine Versammlung. Nach heftigem Tumult und dem Protest eines socialdemokratischen Berliner Stadtverordneten, der eine Protesterklärung des Erfurter Parteitages verlas, mußten die Anhänger der Fraction austreten. Auerbach tadelte heftig die Haltung des Parteitages und erklärte, Liebknecht werde in wenigen Jahren zur Opposition übergehen müssen und würde jederzeit willkommen sein. Die Versammlung dauerte bis Mitternacht. Gewählt wurde eine siebengliedrige Commission, um die Organisation einer neuen socialdemokratischen Partei vorzubereiten.

* Für das durch den Tod des Abg. Berger erledigte Landtagsmandat in Bochum-Dortmund ist ein nationalliberaler Candidat aus landwirthschaftlichen Kreisen in Aussicht genommen. Als solcher wird voraussichtlich der Ehrenamtmann Westermann in Lütgendortmund aufgestellt werden.

* Der neue Entwurf des preußischen Volksschulgesetzes liegt nunmehr, wie von anscheinend unterrichteter Seite gemeldet wird, dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vor. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn der Entwurf oder wenigstens dessen Grundzüge, sobald es irgend angeht, in zuverlässiger Form der Oeffentlichkeit übergeben würden. Es kann den Berathungen des Landtags nur wirksam vorgearbeitet werden, wenn über einen so wichtigen und die weitesten Kreise des Volks beschäftigenden Gesetzentwurf der öffentlichen Meinung Gelegenheit geboten wird, sich rechtzeitig gründlich zu unterrichten und zu äußern.

* Nach dem „Pos. Tagebl." ist von einer Candidatur des Propstes Sawicki in Dirschau für den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen weder dem Posener noch dem Gnesener Domcapitel etwas bekannt. In den Kreisen der Domcapitel glaubt man vielmehr, daß die Verhandlungen zwischen der Curie und der Regierung bis jetzt nicht wieder aufgenommen worden seien. Rom scheine es im vorliegenden Falle nicht eilig zu haben, da die kirchliche Verwaltung in beiden Diöcesen geregelt sei und jede der letzteren auch einen Bischof habe.

* Die „Rhein.-Westf. Ztg." schreibt: „In Leipzig hat sich jüngst ein Fall zugetragen, der, obwohl er von allgemeinem Interesse ist, in der deutschen Presse dennoch bisher nahezu ganz unbeachtet geblieben ist. Ein Student, der wegen socialdemokratischer Umtriebe von der dortigen Universität relegirt worden war, meldete sich als Einjährig-Freiwilliger bei dem in Leipzig stehenden Regiment Nr. 107. Er wurde zuerst angenommen, aber nicht eingestellt, erhielt vielmehr seinen Anmeldeschein zurück. Es ist leicht zu erkennen, welche Beweggründe die betreffende Militairbehörde hierbei geleitet haben. Sie befürchtete augenscheinlich durch die Einstellung eines fanatischen Vorkämpfers der Socialdemokratie die Verbreitung des Giftes dieser gefährlichen Weltanschauung in dem betreffenden Regiment. Aber wenn man auch ihre Anschauung begreift, billigen wird man sie schwerlich dürfen. Es giebt noch immer genug junge Leute, welche die Leistung des Militairdienstes als eine schwere, unangenehme Last empfinden und nach Mitteln suchen, um sich derselben zu entziehen. Diesen Personen mit mangelhaft ausgeprägtem Bürgersinn wird hierzu ein äußerst bequemer Weg gezeigt, wofern die von dem Leipziger Regimentscommando geübte Praxis allgemein in Anwendung kommen sollte. Sie brauchen dann nur offenkundige Socialdemokraten zu werden und als Agitatoren für die Bebel-Liebknecht'schen Lehren aufzutreten, um sich auf diesem Wege das Privilegium der Militairfreiheit zu sichern. Die Militairbehörden haben viele wirksame Mittel in der Hand, um zu verhindern, daß sich im Heere selbst socialdemokratische Agitationsherde bilden. Alle Ordnungsfreunde werden es billigen, wenn diese Mittel nöthigenfalls mit der äußersten Strenge angewendet werden. Aber mit dem politischen Vorleben der Soldaten haben sich die Militairbehörden schlechterdings nicht zu befassen. Können sie doch auch nicht verhindern, daß die entlassenen Reservisten später den socialdemokratischen Lockrufen verfallen und in das Bebel'sche Lager übergehen. So wenig man sie deshalb mit Einberufungsbefehlen zu den Reserveübungen verschonen wird, ebenso wenig darf man daran denken, Recruten deswegen zurückzuweisen, weil sie vor ihrer Einstellung socialdemokratische Gesinnungen bekundet haben."

Nach unserem Dafürhalten geht die „Rhein. Westf. Ztg." von einer falschen Voraussetzung aus. Man hat den relegirten Student Meyer unseres Wissens nur in Bezug auf sein Verlangen, als Einjährig-Freiwilliger zu dienen, zurückgewiesen, wohl aber wird er seine dreijährige Dienstpflicht als gewöhnlicher Soldat abzuleisten haben.

* In Erfurt fand eine Protestversammlung gegen den Parteitag der deutschen Social-Demokratie statt, in welcher Dr. Hans Blum aus Leipzig als Hauptredner auftrat.

* Beim Socialisten-Congreß wurden am Dienstag mehrere geschäftliche Anträge erledigt. Eine Resolution wurde angenommen, welche die Kamener, Eislebener, Spenzer Ausschreitungen mißbilligt. Die Aufhebung des Dictaturparagraphen in Elsaß-Lothringen wurde ebenfalls verlangt. Der Antrag Engel-Frankfurt, welcher gegen den Personencultus Front macht und verlangt, daß die Bildnisse lebender Parteigenossen nicht mehr verkauft werden sollen, wird abgelehnt, nachdem Bebel ihn als zu weitgehend bezeichnet hatte. Der von Kunert begründete, von den Breslauer Genossen gestellte Antrag, den Genossen Geiser, welcher nach dem St. Gallener Beschlusse gleich Viereck kein Vertrauensamt oder Ehrenamt mehr bekleiden soll, zu rehabilitiren, wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt, da Geiser auch nach dem St. Gallener Congreß einen Proceß gegen die Partei angestrengt, journalistischen Unfug getrieben und das Partei-Interesse geschädigt habe.

* Im Reichstagswahlkreis Hildesheim wollen die Deutschfreisinnigen Herrn Stadtsyndicus Quensell in Goslar als Candidaten aufstellen. Da in diesem Wahlkreis nur Nationalliberale, Welfen und Socialdemokraten ernstlich in Betracht kommen, ist die Aufstellung eines deutschfreisinnigen Candidaten ein gänzlich unnützes, höchstens den Welfen oder Socialdemokraten zu Gute kommendes Unternehmen. Bei den vorjährigen Wahlen fielen von 21 987 abgegebenen Stimmen 1584 auf den deutschfreisinnigen Candidaten.

* Zur Reichstags-Ersatzwahl im Hildesheimer Kreise wird uns geschrieben: Der nationalliberale Senator Sander in Elze hat in Hildesheim in entgegenkommendster Weise erklärt, zu Gunsten des auch den Conservativen genehmeren Herrn Amtsrath Sander zu Himmelsthür bei Hildesheim von der ihm angetragenen Candidatur zurückzutreten, und somit ist der letztgenannte, im Wahlkreise bekannte und sehr beliebte Herr endgiltig als Candidat der Nationalliberalen und sicher meisten Conservativen aufgestellt worden. Es hatten allerdings einige Conservative, das ist erwiesen, dem Herrn Landrath von Rheden eine Candidatur angetragen, der Herr Landrath hat aber einfach erklärt, im Interesse seines Kreises gehe er überhaupt aus seinem Amte weg nicht in den Reichstag. Die Deutschfreisinnigen, die nebst den Antisemiten die schlechtesten Geschäfte bei der Wahl machen dürften, haben bereits in dem Stadtsyndicus Quensell in Goslar einen Zählcandidaten gefunden. Die Socialdemokraten und die Ultramontanen und Welfen haben noch keine Candidaten proclamirt. Der „Hildesh. Courier" und so manche Aeußerung in auswärtigen Blättern haben nun sehr viel zu der Ansicht beigetragen, als könne auch die nationalliberale Partei diesmal nur einen Achtungserfolg erzielen. Es entspricht dies der Wahrheit durchaus nicht — und es wäre ein sehr beklagenswerther Fehler, wollte diesmal bei der Candidatur des Herrn Amtsrath Sander die nationalliberale Partei nicht mit voller Zuversicht des Sieges über den Welfen vorgehen. Ein Hauptagitationsmittel für den Welfen ist bei der Wahl v. Hafe's seinerzeit die Welfenfonds-Frage gewesen. Jetzt aber weiß man, daß diese Frage im preußischen Landtage, wie es scheint, fast lediglich zur Verwendung der Gelder dieses Fonds für die Provinz Hannover gesetzlich geregelt werden wird, und hierfür würde auch — so weit der Reichstagsabgeordnete hierzu eine Ansicht zu äußern hätte — Herr Amtsrath Sander eintreten. Man hat diese rein preußische Frage jederzeit in die Reichstagswahlagitation gebracht; jedenfalls würde es den Welfen noch mehr, wie jetzt schon gesichert ist, Abbruch thun, wenn die obige Absicht der preußischen Regierung noch bestimmter zu Tage trete. Die Erklärung Bebel's übrigens in Erfurt, die Socialdemokraten würden künftighin außer ihren Candidaten keine Partei mehr unterstützen, wird natürlich in der Praxis auch in einer eventuellen Stichwahl nicht eingehalten werden, Freisinnige, Ultramontane, Welfen und Socialdemokraten würden schließlich doch wieder vereinigt gegen den nationalen Candidaten stehen. Trotzdem glauben wir fest, daß, wenn auch nicht im ersten Wahlgange gegen noch vier Sondercandidaten, Herr Amtsrath Sander in der Stichwahl sehr gut als Sieger hervorgehen kann.

* * *

* Im ungarischen Abgeordnetenhaus warf im Laufe der Debatte über die Immunitätsvorlage der Finanzminister Dr. Wekerle dem Abgeordneten Apponyi vor, daß derselbe nur schöne Fragen aufwerfe, was kein Programm bedeute. Der Justizminister Szilagyi bezeichnete die gegenwärtige oppositionelle Haltung Apponyi's als im Widerspruche mit der jüngst eingenommenen. Dieselbe sei dadurch hervorgerufen, daß es Apponyi mißlungen sei, eine Führerrolle zu erhalten, Apponyi's Haltung sei eine politische Schwindelei mit dem 67er Ausgleich. Apponyi bezeichnete hierauf das Vorgehen des Justizministers Szilagyi selbst als politischen Schwindel. (Große Unruhe, andauernder Tumult.)

* Die bisherige ungarische gemäßigte Opposition hat den Namen Nationalpartei angenommen. Graf Apponyi erklärte, die Aenderung des Namens ändere keineswegs das bisherige Programm der Partei, dieselbe präcisire nur genauer die Parteitendenz.

* Die ungarischen Blätter theilen den Toast, den der deutsche Militair-Attaché, Oberstlieutenant von Deines, kürzlich bei dem Jubiläum des österreichischen Infanterie-Regiments „Kaiser Wilhelm I." gesprochen hat, in folgender Weise mit: „Dem Beispiele unserer Allerhöchsten Kriegsherren folgend, die in inniger, treuer Waffenbrüderschaft verbunden sind, sind unsere Armeen, sind wir unauflöslich vereint, wie nie zuvor. Nichts auf Erden wird es geben, was uns trennen könnte. In gegenseitiger Hochachtung, gestützt auf unsere uralte Zusammengehörigkeit, werden wir auch ferner fest zusammenhalten. Wir gehören zusammen, das ist jedem Soldaten ins Herz geschrieben. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und die daraus entspringende Einigkeit werden auch im Felde unser Wahlspruch bleiben. Als bewährte treue Waffenbrüder werden wir Schulter an Schulter, wenn unsere Allerhöchsten Kriegsherren uns dereinst rufen werden, mit Begeisterung gegen jedweden Feind gehen."

* Bei der Berathung der Armee-Reorganisation in dem Bureau der zweiten niederländischen Kammer wurde an der Dringlichkeit der Regelung der Organisation auf der Grundlage der persönlichen Dienstpflicht festgehalten.

* Frankreichs Politik in Nordafrika wird neuestens durch gewisse militairische Vorkehrungen gekennzeichnet, welche sowohl in Rom als in Madrid kaum unbeachtet bleiben dürften. Aus Tunesien wie von der algerisch-marokkanischen Grenze werden Maßnahmen signalisirt, welche darthun, daß die maßgebenden militairischen Instanzen der französischen Republik es für angezeigt halten, die Grenzen des nordafrikanischen Besitzthums der Franzosen für alle Fälle stärker zu machen, als es bisher der Fall gewesen; Tunesien soll gegen Handstreiche von der See geschützt werden, an der marokkanischen Grenze wird ein Truppenaufmarsch vorbereitet, der die Sicherstellung der französischen „Sympathien" — wenn dieser Ausdruck überhaupt am Platze sein sollte — unter den Kabylen, die auf marokkanisches Gebiet hinüberschweifen, bezwecken würde. Je weniger die Welt bisher überhaupt von französischen Parteigängern unter den Wüstenstämmen der Sahara vernommen hat, desto auffälliger muß die Entsendung von Spahi-Abtheilungen an die marokkanische Grenze erscheinen, ebenso wie die für Tunesien in Aussicht genommenen Küstenbefestigungen. Das französische Bedürfniß einer militairischen und maritimen Operationsbasis in Nordafrika mag an und für sich ja zugegeben werden; daß die Regierung in Paris aber gerade jetzt zur Befriedigung desselben schreitet, steht in einem einigermaßen auffallenden Gegensatze zu den vielfachen Friedensbetheuerungen, welche Frankreich und Europa in letzter Zeit aus dem Munde der Minister des Herrn Carnot zu hören bekamen. In Nordafrika wird Frankreich ebensowenig von irgend Jemanden bedroht, als in Europa, die französischen Truppenbewegungen und sonstigen Rüstungsvorkehrungen auf nordafrikanischem Boden ermangeln daher einer allgemein verständlichen Begründung, denn was formell zu ihrer Entschuldigung angeführt wird, entbehrt der überzeugenden Kraft. Die Franzosen werden sich deshalb nicht wundern dürfen, wenn ihren Vorkehrungen in Nordafrika seitens der übrigen am status quo im Mittelmeer und seinen Küstenländern interessirten Mächten aufmerksamere Controle als bisher gewidmet wird.

* Die französische Ausstellung in Moskau ist geschlossen worden. Der materielle Erfolg der Ausstellung ist, wie die russischen Blätter constatiren, ein sehr geringer. Dagegen soll die Ausstellung angeblich der Entwickelung der russisch-französischen Handelsbeziehungen sehr förderlich gewesen sein. Dem „Moskowskija Wjedomosti" zufolge werden demnächst in Rußland und Frankreich Handels-Agenturen errichtet, welche die commerziellen Beziehungen zwischen beiden Staaten fördern sollen. Dasselbe Blatt erfährt, daß die Objecte, mit denen die Stadt Paris die französische Ausstellung in Moskau beschickt hat, an verschiedene Institute und Museen in Rußland verschenkt werden sollen.

* Der Bischof von Chalons hat in einem Schreiben seine Zustimmung zu dem Protest Langénieux gegen das Circular des Cultusministers, betreffend die Pilgerfahrten, seine Zustimmung erklärt. — Der Erzbischof von Aix, welcher in einem Schreiben an den Cultusminister erklärt hatte, daß er dessen am 4. October an die Prälaten erlassenes Circular, betreffend die Pilgerfahrten nach Rom, nicht beachten werde, wird auf Grund des Gesetzes und Decretes, welches für einen Angriff auf die Rechte und Autorität des Ministers eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten bis 5 Jahre oder eine Geldstrafe von 300—6000 Frcs. festsetzt, vor das Zuchtpolizeigericht in Aix gestellt worden.

* In der Pariser Deputirtenkammer wird an den Minister des Auswärtigen, Ribot, eine die Tunisfrage betreffende Interpellation gerichtet werden. — Der Deputirte Ramel und Genossen haben zu dem von ihnen beantragten Gesetzentwurfe, betreffend die Alterspensionscassen, ein Amendement eingebracht, nach welchem die Kriegsverwaltung für jeden versicherten Arbeiter während dessen Militairdienstpflicht täglich 10 Centimes Versicherungsprämie zahlen soll.

* Bald nachdem die Franzosen Tunis unter ihre Schutzherrschaft gebracht hatten, begannen sie damit, auch die strategischen Vortheile zu verwerthen, die Tunis durch seine Lage am Mittelmeer bietet. Unter Aufwendung beträchtlicher Mittel und ziemlich geräuschlos gingen sie vor Allem an die Anlage eines großartigen Hafens im Bizerta-See. England und Italien konnten schon bei Inangriffnahme der Bauten ein gewisses Unbehagen nicht unterdrücken, das in jüngster Zeit in gestärktem Maße erwacht ist. Schon im Jahre 1881 hatte der englische Admiral Spratt auf die hervorragende Bedeutung des Bizerta-Sees hingewiesen. „An der centralen Meerenge des Mittelländischen Meeres gelegen", schrieb er damals, „würde der Bizerta-See in den Händen Frankreichs oder Italiens der strategisch wichtigste Kriegshafen werden und die Verbindung zwischen dem östlichen und westlichen Theile des Meeres beherrschen. An dem See könnte Frankreich großartige Marinearsenale anlegen und in dem geräumigen und sicheren Becken mit seiner Torpedoflotte in aller Stille Versuche machen, Schießübungen veranstalten und selbst kleinere Flottenmanöver abhalten, ohne daß irgend Jemand etwas davon erfährt." Was der englische Admiral erkannte, ist den Franzosen nicht verborgen geblieben, und sie haben danach gehandelt. Die Beunruhigung, die darüber namentlich in England entstanden ist, hat, wie es scheint, schon vor dem Rücktritt Crispi's im vergangenen Jahre zu vertraulichen Besprechungen zwischen der englischen und der italienischen Regierung geführt, und eine Folge dieser Besprechungen soll es sein, daß der Prinz Louis von Battenberg, Befehlshaber des britischen Kriegsschiffs „Scout", unlängst den Hafen von Bizerta besucht und die dortigen Befestigungen in Augenschein genommen hat. Wie der römische Berichterstatter des „Observer" aus angeblich bester Quelle erfahren will, ist der Prinz zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Besorgnisse, denen Admiral Spratt im Jahre 1881 Ausdruck gab, nicht unbegründet sind.

* Die Meldung, daß die französische Regierung beschlossen habe, die Unterscheidungszölle gegen Italien abzuschaffen, hat in Rom großen Eindruck gemacht. Die „Tribuna" begrüßt den Beschluß als ein erfreuliches Zeichen, daß Frankreich den in Nizza ausgetauschten Freundschaftsversicherungen die praktische Sanction ertheilen wollte. Der leidige Streitpunct werde bald hinweggeräumt sein und den politischen Wohlthaten, welche sich im Laufe der Zeit daraus ergeben würden, stehe nun nichts mehr im Wege.

* Die römische „Opinione" schreibt: Die Urtheile der meisten Blätter über die Zusammenkunft in Monza zeugten von geringer politischer Reife. Der Besuch des russischen